

Das Ende der Gewaltenteilung in Nepal?

von Karl-Heinz Krämer

Die politische Krise in Nepal scheint perfekt. Am 28. August entschied der Oberste Gerichtshof mit 8:3 Stimmen, daß die Empfehlung von Premierminister Man Mohan Adhikari an König Birendra vom Juni 1995, das Repräsentantenhaus aufzulösen, verfassungswidrig sei. Nicht einmal ein Jahr zuvor hatte dasselbe Gericht sich noch mehrheitlich für die Verfassungsmäßigkeit eines derartigen Vorgehens ausgesprochen, als König Birendra in einer fast übereinstimmenden Situation das Haus auf Antrag des damaligen Premierministers Girija Prasad Koirala ('Nepali Congress') auflöste. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, daß der überwiegend mit oppositionsnahen Richtern besetzte Oberste Gerichtshof seine Verpflichtung zur Neutralität vergessen hat. Sind Rechtsstaat und Demokratie in Nepal nach nur fünf Jahren wieder am Ende?

Was war geschehen? Bei den Wahlen vom November 1994 konnte keine Partei die absolute Mehrheit erringen; der bis dahin regierende 'Nepali Congress' erhielt jedoch vom Volk eine deutliche Abfuhr für seine Politik der vorausgegangenen drei Jahre, wurde nur zweitstärkste Partei und war dabei auch noch stark in sich zerstritten. Da sich die Bildung einer Koalitionsregierung in dieser Situation als unmöglich erwies, forderte König Birendra entsprechend Artikel 42 (2) der Verfassung den Führer der stärksten Partei, der eher sozialdemokratischen 'Nepal Communist Party (Unified Marxist-Leninist)' - NCP (UML) -, Man Mohan Adhikari, zur Bildung einer Minderheitsregierung auf. Diese erhielt innerhalb eines Monats die nach Artikel 42 (3) notwendige Vertrauenszusage durch das Repräsentantenhaus, und zwar einstimmig.

In der Folgezeit bemühte sich die Minderheitsregierung um einen nationalen Konsens zwischen den im Parlament vertretenen Parteien, doch wurden diese Bemühungen von der Opposition nicht geteilt. Vielmehr zeigte sich schon bald eine zunehmende Sympathie zwischen dem ehemals sozialdemokratischen und heute mehr konservative Interessen vertretenden 'Nepali Congress' und der erzkonservativen 'National Democratic Party' (NDP), der Nachfolgeorganisation der ehemaligen Panchas, die rund dreißig Jahre lang das absolute Hindu-Königtum hoch- und Demokratie und Menschenrechte vom Volk ferngehalten hatten. Dieser einstige "Klassenfeind" wurde nun vom 'Nepali Congress' umworben, weil man mit seinen Stimmen genau jene absolute Mehrheit zusammenbringen konnte, die man brauchte, um die NCP-UML Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen.

Hatte man Ende des vergangenen Jahres noch angenommen, die UML-Regierung werde schon innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen, so war man im

oppositionellen Lager umso geschockter, als man mit ansehen mußte, wie die linke Minderheitsregierung eine populäre Maßnahme nach der anderen erfolgreich in Angriff nahm. Die Preisbremse für Grundnahrungsmittel, die großangelegte Landreform, die Zuteilung von Finanzmitteln an die lokalen Ebenen zur Erfüllung der nun stärker dezentralisierten Aufgaben und der erste Ansatz einer Rentenzahlung für alte Menschen seien nur als einige Beispiele genannt. Darüber hinaus wurde das stets schwierige politische Verhältnis zum südlichen Nachbarn Indien auf das seit vielen Jahren beste Niveau angehoben; selbst einstige Tabuthemen, wie die Überarbeitung des Friedens- und Freundschaftsvertrages von 1950, konnten unbefangen angesprochen werden. Auch die Einfrierung westlicher Unterstützung, die die Opposition als Schreckgespenst an die Wand gemalt hatte, blieb zunächst aus.

Parlamentsauflösung zur Sicherung der Regierungspolitik

In dieser Situation sahen die Oppositionsparteien ihre Felle davonschwimmen. Während sich die Minderheitsregierung noch um einen Konsens sowohl mit dem 'Nepali Congress' als auch mit der NDP bemühte, schmiedeten diese bereits hinter ihrem Rücken an einem Komplott und beantragten im Juni, nur wenige Tage vor Beginn der jährlichen Haushaltsdebatten, mit dem Ziel eines Mißtrauensvotums bei König Birendra die Einberufung einer Sondersitzung des Repräsentantenhauses entsprechend Artikel 59 der Verfassung. König Birendra handelte verfassungskonform und berief die Sondersitzung ein.

In dieser Situation kam Premierminister Adhikari dem Ansinnen der Opposition zuvor und empfahl König Birendra die Auflösung des Unterhauses entsprechend Artikel 53 (4), wie es auch sein Vorgänger Koirala ein Jahr zuvor getan

hatte, als er im Parlament das Vertrauen von rund einem Drittel der Abgeordneten seiner eigenen Partei verloren hatte. Dieser Artikel ist ein Druckmittel, das die nepalische Verfassung in Anlehnung an britisches Recht dem Premierminister an die Hand gegeben hat, um seine Politik im Parlament durchsetzen zu können. Im ähnlich lautenden britischen Recht hat diese Regelung eindeutig Vorrang vor der Neubildung eines Ministerrates mit einer anderen Mehrheit.

Eine derartige Regierungsneubildung mitten in der Legislaturperiode könnte sich vielleicht aus Artikel 42 ableiten lassen, der die Möglichkeiten einer Regierungsbildung nach Wahlen regelt, doch wird dies in der Verfassung an keiner Stelle erwähnt. Außerdem wäre eine Regierungsbildung aus NCP-UML und 'Congress'-Rebellen auch 1994 bei der von Koirala eingeleiteten Parlamentsauflösung möglich gewesen. Selbst ein Mißtrauensvotum nach Artikel 59 (2) wie es die Opposition im Juni anstrebte, führt entsprechend der Verfassung nicht automatisch zur Bildung einer Regierung durch jene Kräfte, die das Mißtrauen gegen den Premierminister ausgesprochen haben. Vielmehr wird in einem solchen Fall gemäß Artikel 36 (5) (b) lediglich der Premierminister durch den König entlassen; der übrige Ministerrat bleibt nach Artikel 36 (7) bis zur Bildung eines neuen Ministerrates im Amt. Ob es sich bei diesem neuen Ministerrat dann um einen solchen der zuvor regierenden Partei oder um einen durch andere Parteien gestützten handelt, sagt die Verfassung nicht. Schließlich gibt es auch noch den Artikel 42 (4), der besagt, daß der König bei einem erfolgreichen Mißtrauensvotum gegen eine nach Artikel 42 (2) gebildete Minderheitsregierung das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen hat. Es wird in der Verfassung auch nicht erwähnt, daß letztere Regelung sich ausschließlich auf den Fall des Artikels 42 (3) beziehen soll, wonach

eine Minderheitsregierung innerhalb von 30 Tagen nach ihrer Einsetzung eine Vertrauensfrage im Parlament stellen muß; wörtlich genannt wird lediglich der Bezug auf Artikel 42 (2). Das bedeutet, daß selbst bei einem Mißtrauensvotum des durch das Urteil des Obersten Gerichtshofs wiedereingesetzte Parlament gegen die Minderheitsregierung der König das Unterhaus auflösen und Neuwahlen ansetzen müßte, wenn er sich entsprechend der Verfassung verhalten wollte, es sei denn, letztere würde auch diesbezüglich vom Obersten Gerichtshof im Interesse von 'Nepali Congress' und 'National Democratic Party' uminterpretiert. Und genau das ist geschehen.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs

Was hat den Obersten Gerichtshof zu seiner jetzigen Entscheidung bewogen, und welche Auswirkungen hat diese? Das Gericht hat zum einen entschieden, daß König Birendra gegen die Verfassung verstoßen hat, als er im Juni das Repräsentantenhaus auflöste. Daran ändert auch die Urteilsbegründung nichts, die lediglich dem Premierminister einen Verfassungsverstoß vorwirft. Die Auflösung des Unterhauses kann nur durch den König erfolgen. Inwieweit eine bloße Empfehlung des Premierministers eine Verfassungswidrigkeit darstellen

kann, wissen wohl nur die acht Richter, die die Entscheidung mitgetragen haben. Wenn die Maßnahme vom Juni wirklich verfassungswidrig war, dann hätte der Richterspruch nur lauten können: König Birendra hat gegen die Grundlagen und den Geist der nepalischen Verfassung verstoßen, als er im Juni 1995 das Repräsentantenhaus auflöste. Dieser Satz wird in der Urteilsbegründung vermißt. Er darf aber dort auch nicht erscheinen, weil Maßnahmen des Königs in Ausübung seiner konstitutionellen Rechte über alle Kritik erhaben sind (Artikel 31).

Andererseits hat das Gericht aber im Prinzip auch geurteilt, daß seine eigene Entscheidung vom Vorjahr und damit auch die damalige Parlamentsauflösung verfassungswidrig war. Oder sollte diese Entscheidung etwa nur für die diesjährige Auflösung Gültigkeit haben, weil sie von einem "Kommunisten" eingeleitet wurde? Es ist zu befürchten, daß viele Nepali dies so sehen; dann könnten auf das Land wahrlich schwere Zeiten zukommen.

Dabei hatte der Oberste Gerichtshof bislang hervorragende Arbeit geleistet. Die 1990 in nur wenigen Monaten zusammengestellte nepalische Verfassung weist eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf, die der Oberste Gerichtshof seitdem durch klare Entscheidungen zugunsten von Demokratie und Rechtsstaat zum Teil bereits korrigiert hat. In diesen Rahmen fallen beispielsweise die Entscheidung zum Tanakpur-Projekt, die die damalige Koirala-Regierung verpflichtete, die Verträge mit Indien vor das Parlament zu bringen, oder erst kürzlich die Entscheidung zu den Rechten der Frauen. Zwei Anwältinnen hatten gegen die durch hindurechtliche Gesellschaftsvorstellungen bedingte rechtliche Benachteiligung der Frauen in Nepal, insbesondere im Besitz- und Erbrecht, geklagt. Der Oberste Gerichtshof gab der Klage statt und forderte die Regierung auf, alle Ungleichbehandlungen aus geschlechtlichen Gründen aus den nepalischen Gesetzen zu tilgen. Er stellte damit den Gleichheitsgrundsatz des Artikels 10 über den des Hindustaat, obgleich dieser mit Artikel 4 übergeordnet erscheint.

Innenpolitische Kräfte des Umsturzes

Da ist es umso unverständlicher, daß derselbe Oberste Gerichtshof sich nun von parteipolitischen Bestrebungen leiten läßt. Hätte die Reformpolitik der NCP-UML Regierung fortgesetzt werden können — und vieles deutet darauf hin, daß diese Partei eben wegen ihrer für die Massen so positiven Politik bei den ursprünglich für November angesetzten Neuwahlen eine deutliche



Mit großer Aufmerksamkeit verfolgte die Bevölkerung die politischen Turbulenzen der letzten Wochen (Fotos: Walter Keller)

Mehrheit hätte erringen können — dann hätten in Nepal endlich die gesellschaftlichen Veränderungen eingeleitet werden können, derer das Land so dringend bedarf. Doch die alten konservativen Kräfte sahen ihren damit einhergehenden Machtverlust voraus, und sie versuchten daher mit aller Gewalt, diese Neuwahlen zu verhindern. Dazu war der 'Nepali Congress' selbst zum Komplott mit dem einstigen Feind bereit, dafür verzichtete Girija Prasad Koirala auf seine Hauptführungsrolle in der Partei zugunsten einer jüngeren Generation, und dazu wurde selbst Ganesh Man Singh, der große alte Mann des 'Nepali Congress', der noch im vergangenen Jahr entscheidend zum Sturz Koiralas beigetragen, den 'Congress' verlassen und dem Volk von einer Wahl dieser Partei dringend abgeraten hatte, wieder für dieselbe Partei aktiv.

Die Umsturzabsichten des 'Nepali Congress' wurden von der 'National Democratic Party' geschlossen unterstützt, da die konservative Grundhaltung dieser Partei mit den Reformplänen der NCP-UML nicht auf einen Nenner zu bringen war. Nicht ganz spurlos sind diese Machtkämpfe jedoch hinter den Kulissen an der dritten der am Umsturz beteiligten Oppositionsparteien vorbeigegangen, nämlich der 'Nepal Sadbhavana Party'. Diese Partei, die in erster Linie die Interessen der indisch-stämmigen Bevölkerung des nepalischen Tarai vertritt, konnte im November 1994 nur drei Parlamentssitze erringen; drei Jahre zuvor waren es noch sechs gewesen. Die innerparteiliche Diskussion um eine Beteiligung an den Umsturzplänen von 'Nepali Congress' und NDP führte schließlich zur Spaltung der 'Nepal Sadbhavana Party'; die Gegner eines Umsturzes um den Abgeordneten Hridayesh Tripathi, gründeten eine neue Partei, den 'Nepal Samajvadi Janata Dal', der sich eine sozialdemokratische Ausrichtung gab und seine Unterstützung für die UML-Regierung erklärte.

Externe Einflußnahme

Die genannten konservativen Kräfte also scheinen die eine Gruppe zu sein, von denen sich der Oberste Gerichtshof nun bei seiner Entscheidung hat beeinflussen lassen. Bemerkenswert ist daneben aber auch, daß sich gerade in den letzten Monaten wieder externe Einflußnahme auf die nepalische Politik bemerkbar gemacht hat, diesmal jedoch nicht von Indien, sondern vom fernen Amerika. Anfang August erklärte die Weltbank nach jahrelangen Diskussionen aus heiterem Himmel, sie sei ab sofort nicht mehr an einer Beteiligung am Megakraftwerk Arun III in Ostnepal interessiert. Grundsätzlich ist dieser Schritt

zu begrüßen; er hätte schon vor Jahren getan werden müssen. Wesentlich bedeutsamer war jedoch der gewählte Zeitpunkt, nämlich etwa drei Monate vor den angesetzten Neuwahlen, als der Wahlkampf bereits auf Hochtouren lief. Während die 'Congress'-Regierung von Girija Prasad Koirala bis 1994 blindwütig alle Pläne der Weltbank und anderer westlicher Geldgeber, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, bezüglich Arun III unterstützt hatte, war von der damals in Opposition stehenden NCP-UML deutliche Kritik gekommen. Diese Kritik wurde nach der Regierungsübernahme Ende vergangenen Jahres abgemildert, doch bestand man auf einer Überarbeitung des Vorhabens. Die begründeten Bedenken der nepalischen Regierung und die massive Kritik in- und ausländischer Nichtregierungsorganisationen veranlaßten die Weltbank zu erneuten Untersuchungen und zur Zugabe gravierender Mängel bei der Projektvorbereitung und -planung. Bei der überraschenden Projektaufkündigung wurden nun die Fehler der Weltbank jedoch verschwiegen; stattdessen wurde die nepalische Minderheitsregierung in der Weltöffentlichkeit dargestellt, als sei sie völlig unfähig, nicht vertrauens- und kreditwürdig und schlage das großzügige Angebot des kapitalistischen Westens mit nicht zu übertreffender Arroganz aus. Man ließ die nepalische Öffentlichkeit glauben, das Land, eines der ärmsten der Erde, werde mit seinen Problemen allein gelassen.

Die Weltbank vertrat damit eine Sprache, die typisch ist für das Land, in dem sie ihren Sitz hat. Das Wort "Communist" ist für die USA stets ein rotes Tuch gewesen. Bereits 1991 war es selbstverständlich, daß die amerikanische Botschaft in Kathmandu den 'Nepali Congress' in massivster Weise beim Wahlkampf unterstützte, als sich andeutete, daß die linke NCP-UML auf einen hohen Stimmenanteil hoffen konnte. Mit der Aufkündigung des Arun-Projektes mitten im Wahlkampf reichten die USA, vertreten durch die Weltbank, nun erneut dem 'Nepali Congress' ihren starken Arm. Sie lieferten der nepalischen Opposition Argumente, die sie brauchte, um die Minderheitsregierung in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Und es ist genau diese oppositionelle Hetzkampagne, die sich in der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofes widerspiegelt.

Mißtrauensvotum gegen Adhikari

Mit der Wiedereinsetzung des 1994 gewählten Unterhauses machte der Oberste Gerichtshof den Weg frei für das Mißtrauensvotum, das bereits im Juni von den machthungrigen rechten Kräften

angestrebt worden war, um die linke Minderheitsregierung zu Fall zu bringen. Der UML-Regierung um Man Mohan Adhikari waren derweil die Hände gebunden, nicht nur, weil der Premierminister nach einem Hubschrauberunfall im Krankenhaus lag, sondern insbesondere, weil die Opposition nur darauf wartete, die Regierung würde das Urteil des Obersten Gerichtshofes nicht akzeptieren. Selbst gemäßigte Kritik am Urteil wurde in den oppositionsnahen Medien als Beweis für die verfassungsfeindliche und undemokratische Haltung der NCP-UML dargestellt.

So war die politische Wende in Nepal nicht mehr aufzuhalten; die Frage war nur, wohin diese Wende führen würde. Per Mißtrauensvotum wurde die Adhikari-Regierung in Abwesenheit des Premierministers gestürzt. Wenige Tage später ernannte König Birendra den einstigen Innenminister von Girija Prasad Koirala, Sher Bahadur Deuba, zum neuen Premierminister. Doch bereits bei der Ernennung der weiteren Minister zeigte sich, wie schwer es für die erste nepalische Koalitionsregierung werden würde, zu einem Konsens zu gelangen. Vielen Politikern der beteiligten Parteien ging es offensichtlich in erster Linie um Macht und Posten.

Die neue Koalitionsregierung

Ganz besonders schien dies für die einstigen Panchayat-Größen zu gelten, die heute in der NDP vereint sind. Als man sich schließlich auf einen aufgetauschten Ministerrat geeinigt hatte, dem einschließlich Premier Deuba zwanzig Minister, ein Staats- und fünf Assistenzenminister angehörten, lagen neben dem Amt des Premierministers immer noch sieben weitere Ressorts in den Händen von Sher Bahadur Deuba. Wie einst Girija Prasad Koirala ist auch Deuba Premier- und Verteidigungsminister und hat damit im über den Einsatz der Sicherheitskräfte entscheidenden Nationalen Verteidigungsrat eine Zweidrittelmehrheit in seiner Person vereinigt. Dieses so wichtige Verfassungsorgan wird durch eine derartige Ämterverteilung seines Sinnes beraubt. Diesbezüglich verhielt sich die UML-Regierung gewissenhafter.

Besonders ins Auge aber fällt beim neuen Ministerrat die Dominanz der NDP, die die Hälfte aller Ministerposten innehat. Die NDP ist zur Zeit mit nur 19 Abgeordneten im nepalischen Repräsentantenhaus vertreten, davon haben nun 13 einen Sitz im Ministerrat erhalten. Eindrucksvoller konnte die Rückkehr jener Kräfte, die man 1990 nach der Demokratiebewegung noch endgültig aus aller Macht verdrängt zu haben glaubte, kaum erfolgen. In den Händen dieser



Es bleibt abzuwarten, ob die neue Regierung...

konservativen Partei liegen so wichtige Ressorts wie die Außenpolitik, die Landwirtschaft, die Wasserressourcen, der Handel und die Landreform. Einziger Vertreter der 'Nepal Sadbhavana Party', die nur noch zwei Abgeordnete im Parlament hat, ist ihr Vorsitzender Gajendra Narayan Singh, auch er ein Ex-Pancha.

Was bringt die Wende?

Premierminister Deuba hat bei seiner Antrittsrede davon gesprochen, daß das Chaos und die politische Instabilität der UML-Regierung beendet seien. Recht, Ordnung und Demokratie seien nun wieder gesichert. Er nannte eine Reihe von Schwerpunkten, bei denen dieser Wandel deutlich werden soll. Das Hauptanliegen seiner Regierung sei die Armutsbekämpfung. Bei der Lösung der nationalen Probleme werde ein nationaler Konsens aller politischen Kräfte angestrebt; die NCP-UML werde es nicht nötig haben, mit ihren Anliegen auf die Straße zu gehen. Hiermit will Deuba wohl einer möglichen Demonstrations- und Streikwelle der Opposition vorbeugen. Ein ähnliches Angebot der vorhergehenden UML-Regierung war mit eben diesen Methoden von den damaligen Oppositions- und heutigen Regierungsparteien beantwortet worden.

Die heutigen Koalitionspartner kündigten ein Wirtschaftsreformprogramm an. Vorrangig sollen dabei die Grundbedürfnisse jener Menschen gedeckt werden, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Grundsätzlich bekennt man sich zur freien Marktwirtschaft und zu einer weiteren Privatisierung. Im Zentrum der Entwicklungsbemühungen soll der ländliche Raum stehen. Angesichts der gerade in diesem Bereich so erfolgreichen Initiativen der Adhikari-Regierung befließigte sich Deuba zu der Bemerkung, Programme zur Entwicklung der Dörfer seien nicht das Monopol nur einer Partei. Im gleichen Atemzug sprach der neue Premierminister mit Programmen zur Landreform einen weiteren Punkt an, wo die UML-Regierung erfolgreich war.

Es wird wohl keine politische Partei die positiven Dorfmaßnahmen der Adhikari-Regierung zurücknehmen können, ohne ihre lokale Parteibasis zu gefährden. Das bedeutet in der Praxis, daß die noch vor wenigen Wochen von 'Nepali Congress' und NDP so heftig kritisierten finanziellen Zuwendungen an die lokalen Verwaltungseinheiten, die unabdingbare Voraussetzung für eine größere Dezentralisierung sind, von der neuen Regierung nicht nur nicht zurückgenommen, sondern eher sogar noch erhöht werden sollen. Eine nicht zu unterschätzende

Rolle spielt in diesem Zusammenhang sicherlich auch die Tatsache, daß kein Minister der neuen Regierung aus einem Wahlkreis des Kathmandutals stammt; alle dortigen Mandate waren bei den letzten Wahlen von linken Kandidaten errungen worden.

Anders sieht es jedoch mit den Chancen für eine Fortführung der so dringend erforderlichen Landreform aus. Keine Regierung seit 1951 hat dieses Thema so ernsthaft im Sinne der Bedürftigen und Landlosen in Angriff genommen wie die UML-Regierung. Sher Bahadur Deuba wird wohl noch keine Rücksprache mit seinem mächtigen Koalitionspartner NDP gehalten haben, wenn er von einer Fortsetzung der diesbezüglichen Reformmaßnahmen spricht. Die NDP vertritt vorrangig die Interessen der konservativen und feudalen Bevölkerungsschichten. Diese dürften kaum ein Interesse an einer Umverteilung jenes Landes besitzen, den sich ihre Vorfahren in den vergangenen Jahrhunderten im Rahmen der Hinduisierung und Einigung des Landes auf Kosten der zahlreichen ethnischen Gruppen angeeignet haben. Bezeichnend ist, daß alle vier Ministerposten in den Bereichen Landreform und lokale Entwicklung, darunter ein Staats- und ein Assistenzminister, in den Händen der NDP liegen. Hier wird klar, daß die von der linken Minderheitsregierung



... die mannigfaltigen wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung zu lösen im Stande ist

vorsichtig eingeleitete Gesellschaftsreform, die auf der lokalen Ebene ansetzen muß, unter der neuen Regierung keine Chance haben wird.

Eine weitere Aussage Premierminister Deubas betraf die größere Beteiligung der so stark benachteiligten ethnischen Gruppen und niederen Kasten, ein innenpolitisches Thema, das immer brisanter wird, obgleich es vom Ausland noch nicht so recht wahrgenommen wird. 'Nepali Congress' und 'National Democratic Party' haben derartige Vorsätze bisher jedoch nicht einmal parteiintern verwirklicht. Auch die Zusammensetzung des neuen Ministerrats könnte Symbolcharakter haben: 18 hochkastige Hindus (Gesamtbevölkerungsanteil laut 91er Zensus ca. 30 Prozent), sieben Angehörige ethnischer Gruppen und ein Muslim. Der Umstand, daß nicht ein einziger Newar berücksichtigt wurde, könnte erneut Ganesh Man Singh auf den Plan rufen. Dieser hatte sich nicht zuletzt wegen der seiner Meinung nach zu geringen Berücksichtigung von Newar zu Zeiten der Koirala-Regierung mit seiner Partei überworfen und den Sturz Girija Prasad Koiralas maßgeblich herbeigeführt.

Zukunftschancen der neuen Regierung

Geht man nach den Schlagworten, die

der neue Premierminister Sher Bahadur Deuba in seinen ersten Stellungnahmen in die Welt gesetzt hat, ist ein großer Wandel angekündigt. Geht man jedoch ins Detail, so gibt selbst Deuba zu, daß bei weitem nicht alles schlecht war, was die Minderheitsregierung in ihrer kurzen Amtszeit eingeleitet hat. Vieles davon möchte auch Deuba fortführen. Entscheidend wird dabei jedoch sein, inwieweit der 'Nepali Congress' seine Politik gegenüber dem konservativen Koalitionspartner NDP durchsetzen können. Es geht nichts in dieser Koalitionsregierung ohne die NDP; das hat bereits die Vergabe der Ministerposten deutlich gemacht.

Ein weiteres Fragezeichen steht hinter der Geschlossenheit des 'Nepali Congress'. Um an die Macht zurückzukehren, wurde ein Burgfrieden geschlossen. Die Aussöhnung des alten Triumvirats, Ganesh Man Singh, Krishna Prasad Bhattarai und Girija Prasad Koirala, ist jedoch oberflächlich. Sie war nur möglich durch den Rückgriff auf eine jüngere Generation von 'Congress'-Politikern. Diese haben sich nun in der Regierung gegenüber den alten Hasen der NDP durchzusetzen, die auf eine fast dreißigjährige Erfahrung als Panchayat-Politiker zurückblicken können. Insbesondere Girija Prasad Koirala, der nach wie vor eine große Anhängerschaft in-

nerhalb seiner Partei hat, wird nach Möglichkeiten Ausschau halten, wieder gebraucht zu werden. Sein Ausschuß war eine Vorbedingung der NDP, die wohl nicht zu Unrecht erkannte, daß sie es bei einer Beteiligung Koiralas ungleich schwerer haben würde, der Koalitionsregierung ihren Stempel aufzudrücken.

Man wird also abwarten müssen, ob die neue Regierung dem Land wirklich die Stabilität bringen wird, die sie vorgibt. Der Ministerrat ist mit 26 Personen schon jetzt unverantwortlich groß. In Kürze wird mit der Ernennung weiterer Staats- und Assistenzminister gerechnet; es gibt halt viele Leute, die mit Posten befriedigt werden müssen. Trotz seiner numerischen Überlegenheit wird es der 'Nepali Congress' sehr schwer haben, in Regierung und Parlament seine Politik durchsetzen zu können. Wenn die Partei ihre Identität wahren will, wird sie sich über kurz oder lang von der konservativen NDP abgrenzen müssen. Der Druck letzterer Partei ist enorm. Ihre Stimmen entscheiden letztlich über den Erhalt der Koalition. Sollte sie zu Fall kommen, blieben Neuwahlen trotz ihrer hohen Kosten doch der einzige Ausweg.